

# Correspondent

Erscheint  
Mittwoch, Freitag,  
Sonntag,  
mit Ausnahme der Feiertage.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 1 M. 25 Pf.  
Inserate  
pro Spalte 25 Pf.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXIII.

Leipzig, Mittwoch den 26. August 1885.

No 99.

### Ein Denkwort!

Wir haben in Nr. 87 des Corr. eine Sitzung der Tarifrevisionskommission in Leipzig bei Gelegenheit der Generalversammlungen der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft und des Deutschen Buchdruckervereins, event. auch ohne Beteiligung der Prinzipalsmitglieder, angeregt, ferner in Nr. 94 bei Besprechung des Statuten-Entwurfs für den Deutschen Buchdruckerverein die Notwendigkeit betont, daß seitens der Gehilfen allen den Vorgängen in Prinzipalskreisen die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden müsse, wir haben ferner in Nr. 96 das Gutachten des Rechtsanwalts Herrn Dr. Burckas gebracht, in welchem klar und deutlich nachgewiesen ist, daß die vor zwei Jahren erfolgte Abweisung des Antrags auf Einberufung einer Kommissions-Sitzung vollständig unhaltbar war. Ferner haben die Generalversammlungen in Stuttgart und Berlin sich mit der Tariffrage beschäftigt und darauf bezügliche Beschlüsse gefaßt. Endlich sind alle Gehilfen darüber einig, daß vor allem der Tarif-Anhang und die Geschäftsordnung der Kommission dringend einer Abänderung bedürfen, einestheils weil sich die Verhältnisse seit sieben Jahren wesentlich geändert haben, andernteils weil in der Geschäftsordnung ein Paragraph den andern unweicht, das Ganze also voller Widersprüche ist. Was ist nun aber bisher in dieser Sache geschehen?

Es Mitglieder der Kommission haben den Antrag auf Einberufung einer gemeinschaftlichen Sitzung, gestützt auf das Burckas'sche Gutachten, wiederholt, der Gehilfenvorsitzende aber hat sich aus formellen Gründen dem Antrage nicht angeschlossen, verspricht aber denselben zu unterstützen. Das ist alles — alles seit sieben Jahren! Wo bleiben die Mitglieder resp. die Vorstände der verschiedenen Ortsvereine bzw. Mitglieder bzw. der eigene Wunsch nach Reorganisation der Tarif-Abmachungen Stoff zu einer Zusammenberufung von Mitgliederversammlungen gegeben? Der ist es etwa nicht nötig, auch einmal die Mitglieder der Tarifrevisionskommission darnach zu befragen, was sie in dieser ihrer Eigenschaft bisher geleistet haben oder wenigstens ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten darüber zu entwickeln, was sie in nächster Zeit zu thun gedenken?

Das einzige Lebenszeichen, was uns in dieser Beziehung bekannt geworden ist, daß eine Anzahl Kollegen in Leipzig die Einberufung einer solchen allgemeinen Versammlung — beantragte zwar bei einer Korporation (der lokalen Tarifkommission für Leipzig), die zwar beabsichtigt wäre neben der Ventilierung der lokalen Vorkommnisse auf dem Gebiete des Tarifs auch ihre Aufmerksamkeit hier und da einmal dem

Tarife selbst zuzuwenden, diese ihre Aufgabe aber bisher noch nicht erkannt hat, ja nicht einmal im Besitz eines Reglements ist, das ihr die näheren Befugnisse vorschreibt, also gewissermaßen in der Luft hängt. Zudem erlaubte sich diese Kommission noch das Extravergnügen, den, der in der beantragten Versammlung zur Rechenschaft gezogen werden sollte, um seine Meinung über den Antrag zu befragen und dieser fand natürlich eine solche Versammlung für sehr überflüssig. Was weiter in der Sache nun geschehen soll, darüber haben wir nichts erfahren.

Also überall absolutes Stillschweigen und doch steht seit drei Jahren auf der Tagesordnung, die Tarifrevisionskommission in eine Tarifüberwachungskommission umzuwandeln, den Anhang des Tarifs zeitgemäßer zu gestalten und die Lokalzuschläge einer Revision zu unterziehen! Glaubt man etwa, daß die Prinzipale das Gewünschte uns auf dem Präsentierteller entgegenbringen, ohne daß seitens der Gehilfen auch nur Hand und Fuß gerührt wird?

Wären allüberall Versammlungen einberufen worden, teils um sich in der Sache zu orientieren und seine speziellen Wünsche kundzugeben, teils um die jetzigen Vertreter der Tarifkommission in oben näher bezeichneter Weise zu interpellieren und je nach Befund Neuwahlen zu veranstalten, so würden die Prinzipale zu der Einsicht gekommen sein, daß die bekannt gewordenen Wünsche nicht als Ausfluß der Ansicht einzelner, sondern der der Gesamtheit der Gehilfen ist und sie würden sich wohl bedenken, irgendeinen Antrag kurzer Hand abzuweisen, denn sie haben das selbe Interesse, in Beziehung auf die Lohnfrage Ordnung im Gewerbe zu schaffen, als die Gehilfen. Es ist auch gegen die Verabredung, den Tarif als ein „Nähr" mich nicht an! zu betrachten, im Gegenteil soll derselbe der beiderseits anerkannte Ausdruck dessen sein, was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen allgemein als gerecht und billig festzuhalten ist. Aber was vor sieben und mehr Jahren als gerecht und billig anzuerkennen war, das braucht nicht notwendig auch heute noch gerecht und billig zu sein.

Und damit kommen wir auf eine notwendige Erweiterung der Befugnisse der Tarifkommission. Diese soll nicht nur eine Revisionskommission auf besondere Bestellung sein, zu der sie stillschweigend gemacht worden ist, sie soll auch nicht bloß eine Ueberwachungskommission sein, sie soll vor allem ständig untersuchen, ob das was sie als „gerecht und billig" unter Zustimmung der Allgemeinheit festsetzte, auch heute noch gerecht und billig ist, event. den Tarif nach dieser oder jener Richtung hin erweitern und zwar auch ohne besondern Auftrag. Erst wenn wir eine wirkliche Tarifkommission haben, der event. beiderseits gewisse Befugnisse eingeräumt werden könnten, die nicht nur den Tarif in die Welt setzt, sondern

auch darüber wacht, ob er eingeführt und nach ihm gehandelt wird und endlich die getroffenen Abmachungen selbständig einer etwa alljährlichen Durchsicht unterzieht und hierbei die gemachten Erfahrungen gegenseitig austauscht, erst dann können wir davon reden, daß wir etwas geschaffen haben, was den anderen Gewerben als nachahmenswert zu empfehlen ist und das den Beifall aller Sozialpolitiker finden dürfte, weil es darauf ausgeht, innerhalb des Gewerbes eine Instanz zu schaffen, deren Basis Recht und Billigkeit und deren Zweck ist, das Gewerbe in bezug auf Konkurrenz und dergleichen moderne Sünden zu reinigen und ein erträgliches Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehilfen herzustellen.

Aber wie gesagt, wenn wir das wollen — und prinzipiell wurde ja dieser Standpunkt schon seit Bestehen der Gehilfenorganisation verfochten — so müssen wir es auch ernstlich wollen und dieses unser Wollen bei jeder Gelegenheit und so oft als möglich kundgeben. Ein oder mehrere Artikel im Corr., die im günstigsten Fall oberflächlich gelesen werden, thun das nicht, auch ein Vorstand oder sonst eine Kommission können dabei nicht allzuviel thun, dazu gehört die Initiative aller Gehilfen. Freilich sieht es damit etwas saul im Deutschen Reich aus — man blättere ein wenig im Corr.: aus den meisten Orten fehlt alle und jede Nachricht über das Thun und Treiben der Gehilfen und in den wenigen Vereinsberichten, so sich in den Corr. verirren, lesen wir von allen möglichen Kleinigkeiten, aber daß irgend einmal ein prinzipieller Punkt zur Debatte gekommen wäre, daß man den Inhalt des Corr. auch einmal dann in Erwägung genommen hätte, wenn es sich um die sachliche Behandlung irgend eines Themas handelte, davon verlautet absolut nichts. In dieser Beziehung ist leider eine Stagnation eingetreten, die es jedem verleidete mühte, seine Hand und Feder und das Tintenfaß zu strapazieren, weil „es ja doch nichts nützt“!

Vielleicht hilft vorstehende Mahnung dazu, einen Wandel zum bessern wenigstens anzubahnen. Sollte das der Fall sein, so werden wir nicht ermangeln, durch weitere Mahnungen an die Pflichten der Gehilfenschaft — die Rechte derselben werden ja mehr als oft gut ist energisch vertreten — der Sache Vorschub zu leisten.

### Korrespondenzen.

J. M. Leipzig, 23. August. Die Tagesordnung der heute abgehaltenen Generalversammlung der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft bot nichts von Bedeutung und es wäre eigentlich nichts von der Versammlung zu berichten, hätte man nicht beliebt den Punkt, welcher das aufzustellende Budget event. das zu bildende Bureau betraf, in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln. Es ist diese Thatsache bezeichnend für die herrschende Strömung.



Gleich zu Anfang der Sitzung wagte es Herr Heilmann-Köln, offenbar inspiriert, den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu stellen, mit der Motivierung: „wer sich das nicht gefallen lassen wollte, könne sich ja beim Reichsversicherungsamt beschweren“. Nun Gott sei Dank, diese nach edler Juristerei riechende Ansicht blieb gegen 4 Stimmen in der Minorität. Trotzdem aber dieser Antrag fiel, konnte man die Reizung, hinter geschlossenen Thüren zu verhandeln, doch nicht unterdrücken, man verlegte gerade den Tagesordnungs-Gegenstand, der allenfalls einiges Interesse bieten konnte, gegen die Stimme des Herrn Kommerzienrates Zäneck-Hannover, obwohl nicht die geringste Aussicht vorhanden war, daß persönliche Angelegenheiten zur Sprache kommen würden, in das Duster der Nichtöffentlichkeit. Die Versammlung sagte „Snapp“ und ließen der Berufsgenossenschaftler zogen ab, um sich zu erziehen, daß es sich jedenfalls um die Anstellung des Direktors handle und daß Herr Dr. Paul Schmidt für diesen Posten 9000 Mk. pro Jahr verlangt und zugesichert erhalten habe. Das erzählte man sich während man im Versammlungssaale vielleicht über ganz etwas anderes verhandelte. Das ist der Segen der Geheimthuererei, sie gibt zu allerhand Mutmaßungen Veranlassung. Wir haben obiges nur wiedererzählt, weil wir nicht glauben können, daß man dem Direktor der zukünftigen Unfallversicherung Deutscher Buchdrucker einen Ministergehalt zahlen wird. Wir erfahren hoffentlich das Geheime der geheimen Sitzung und werden dann nicht ermangeln daran Mitteilung zu machen. Zu notieren ist noch, daß man das Journ. f. Buchdruckerkunst zum Amtsblatt machte und daß man nächstes Jahr in Hamburg tagen will. — Die sich an diese Generalversammlung anschließende Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins förderte zunächst die interessante Thatsache ans Licht, daß der vorjährige Buchdrucker in Köln dem Verein außer den 1800 Mk. Reiseloskosten noch ca. 500 Mk. für Tafelmusik, Drucksachen zc. kostete. Daran war selbstverständlich nichts zu ändern, wir glauben aber, daß selbst die Mitteilung, daß sich infolge dieser Versammlung 150 neue Mitglieder gemeldet, manchem der Anwesenden die Zulus, deren Bekehrung zum Christentum der preussischen Regierung pro Mann 800 Mk. kostete und worüber der Landtag J. 3. gar gewaltig erziert war, in Erinnerung gebracht wurden. Das Statut wurde nach kurzen Gesichts en bloc angenommen, nachdem noch das Statuten-Revisions-Kommissions-Mitglied J. Mäker konstatiert hatte, daß von ihm ein Antrag, welcher eine geordnete Vertretung der Gehilfen bei Beratung aller wichtigen Angelegenheiten zum Zwecke hatte, abgelehnt worden sei. Die Versammlung nahm davon mit einstimmigem Schweigen Notiz. Die Mitteilung, daß man außer den amtlichen „Mitteilungen“ noch das Journal f. B. als Amtsblatt gewählt habe, verursachte einige, natürlich erfolglose Einwände, ebenso die Höhe des Beitrages. Der Debatte über die nicht uninteressanten aber völlig harmlosen Vorschläge des Herrn Oldenbourg-München haben wir nicht mehr beigewohnt, können über das weitere Geschäft der Versammlung also weiter nichts berichten. Neugierig sind wir, ob wirklich ein neuer Geist in den Verein einziehen wird. Wir haben offen gestanden fast alle Hoffnung verloren. — Nachträglich erfahren wir, daß der Vorsitzende der Tarifrevisions-Kommission, Herr B. Klinkhardt, nachdem die Versammlung ca. 6 Stunden getagt hatte, den Antrag der 11 Kommissionsmitglieder auf Einberufung einer Sitzung zur Sprache brachte. Da der Sekretär Herr Dr. Schmidt im wesentlichen das Wort führte, so blieb man bei der vor zwei Jahren gefaßten Meinung stehen und forderte Kündigung des Tarifs. Die Herren vom Buchdruckervereine ziehen also einen frischen fröhlichen Streit der glücklichen Vereinbarung vor! Warum der Vorsitzende der Tarifkommission die Delegierten des Deutschen Buchdruckervereins und den Sekretär desselben fragt, ob er die in § 2 der Geschäftsordnung vorgesehene Sitzung einzuberufen hat oder nicht, und nicht die Mitglieder der Kommission — darüber erhalten wir vielleicht gelegentlich Aufklärung.

**B. Plauen, 16. August.** Der in Nr. 92 des Corr. unter X. Plauen, 2. August, den geschätzten Lesern gebotene Artikel veranlaßt mich zu einer kurzen Entgegnung. Die zunächst geäußerte Ansicht des Verfassers, an 50-Pf.-Kranke kein bares Geld mehr zu verabfolgen, sondern nur Arzt und Apotheker zu bezahlen, ist gar nicht übel, es käme sicher niemand dabei zu kurz und hätten vielleicht nur diejenigen etwas dagegen einzuwenden, die alle Einrichtungen unserer Kasse stets zu ihrem Vorteil benutzen. Es heißt in diesem Artikel aber weiter: „Ein Kranker läßt sich jetzt ein Krankengeld ausstellen und irgendetwas Rezept verschreiben, geht auch ein paar-mal zum Arzt und nimmt zeitweise Medizin ein und kann nach Abzug der Kosten hierfür im günstigsten (wie ist das gemeint?) Falle täglich soundso-viele Pfennig in die Tasche stecken!“ Ich glaube

nicht zu viel zu sagen, wenn ich hier erwidere, daß der Betreffende jedenfalls noch nicht in der glücklichen Lage war, sich als 50-Pf.-Kranke behandeln lassen zu müssen, derselbe hätte sonst nicht solche Behauptungen in die Welt hinausposaunt. Von der wöchentlichen Unterstüßung von 3,50 Mk. muß der Erkrankte in vielen Fällen 2—3 Mk. am ersten Tag ausgeben und vom übrigen wird nach Ablauf der anderen sechs Tage der Woche wenig mehr übrig bleiben. Es ist ja möglich, daß besonders „ökonomische“ Kollegen von dem gewährten Gelde noch sparen können, gar zu viel wird es aber nicht sein — jedenfalls aber nicht so viel, um deswegen ein so großes Aufhebens wie bei dem angeführten Beispiele zu machen. Der geehrte Leser wird jedenfalls gedacht haben, sich einem wahren Ungeheuer von Vereinsmitgliedern gegenüber zu befinden; das „magentranke“ Mitglied, Schreiber dieser Zeilen, ist seit 1877 Mitglied des U. V. D. B. und war als solches bis jetzt zum Glück nicht oft gezwungen, „kassenräuberisch“ aufzutreten und auch in diesem Falle kann sich davon keine Rede sein. Da derartige Ungerechtigkeiten auch anderen Kollegen begegnen dürften, sei es gestattet, das Angeführte auch von der andern Seite zu beleuchten. Zuerst muß ich noch darauf aufmerksam machen, daß betreffende Schilderung sehr einseitig und teilweise übertrieben, d. h. un-wahr ist. Während meiner Erkrankung kam mir als „gewöhnlichsmäßiger“ Raucher der Appetit nach einer Zigarre, doch deren Genuß sollte mir nicht lange zu teil werden; ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das Rauchen meiner Genesung jedenfalls hinderlich sei und ich deswegen bestraft werden würde; um dieser Möglichkeit zu entgehen unterließ ich das Rauchen und ließ mir vom Arzte mittels meines mit 50-Pfennigstücken gefüllten Beutels bescheidenen, daß mir eine Zigarre täglich nicht schädlich sei; trotzdem wurde in der nächsten Versammlung eine Strafe von 20 Mk. beantragt, aber nicht angenommen. Dann trank ich eines Sonntagsvormittags in einer öfter von mir besuchten Restauration Wein. Kurz darauf hatte ich in derselben Restauration etwas abzumachen; ich mußte warten bis der Wirt erschien und ließ mir unterdes eine Flasche Selters geben, deren Inhalt der Wirt, um meine Genesung zu beschleunigen, mit Rotwein vermischte. Das war der Wirtshausbesuch. Daraufhin wurde privatim beim löblichen Zentralvorstand angefragt, wie man sich solchen Kranken gegenüber zu verhalten habe; es wurde nun mitgeteilt, der löbliche Zentralvorstand habe beschlossen, den genannten Kranken mit 10 Mk. zu bestrafen. Obwohl von einer Zuwiderhandlung gegen die ärztliche Vorschrift eigentlich keine Rede sein konnte, es auch bei dem erwerbsfähigen Kranken hier bisher betreffs des Wirtshausbesuchs nicht so streng genommen wurde (so durfte z. B. ein früherer erwerbsfähiger Kranker ungehindert die Singstunden fortbesuchen), ging ich mir Rat zu holen; auf dem Nachhausewege wurde ich jedoch (es war um 9 Uhr) bemerkt und in der nächsten Versammlung wird mit Rücksicht darauf, daß ich wegen Wirtshausbesuchs bestraft werden sollte, trotzdem aber noch in so später Abendstunde herumgehe, eine Straferhöhung auf 15 Mk. beantragt. (Es war mir von ärztlicher Seite erlaubt spazieren zu gehen und kann dies ein erwerbsfähiger Kranker zu einer andern Zeit als morgens und abends?) Hiergegen erfolgte Ver-wahrung, doch der Antrag wurde angenommen (mit zwei Stimmen Mehrheit) und dieser Beschluß dem löblichen Zentralvorstande berichtet, welcher der Straferhöhung nicht zustimmte. Warum, wenn man gerade sein will, wird in dem betr. Bericht ein anderer Fall zu gleicher Zeit hier vorgekommener Fall des Wirtshausbesuchs seitens eines andern erwerbsfähigen Kranken nicht erwähnt, gegen den Betreffenden in der Versammlung sogar noch Milde beantragt? Da ich meine Bestrafung überhaupt für un-recht hielt, so trat ich aus und jetzt will man mich als mit Resten ausgebliebenen betrachten wissen, bebauert, daß man derartiges Geld nicht gerichtlich erlangen kann und spricht noch von einem Gewinne den ich hätte (spezielle Abrechnung steht jedem zu Diensten). Als achtjähriges reines Mitglied ist es mir natürlich sehr unlieb, mich ausgeschloffen zu sehen und ich teile dem hiesigen Vereinsvorsitzenden deswegen mit, die Strafe doch noch bezahlen zu wollen. Ich vernehme mich schließlich dagegen, gegen Vorstandsmitglieder auch nur un-höflich gewesen zu sein, ausgenommen den Krankenbesucher, welcher mich in meiner Wohnung kurz vor 10 Uhr noch mit seinem Besuche beehrte. Wenn in der zuletzt erwähnten Versammlung, in der es heiß hergegangen ist, gewisse Schmeicheleien (vergl. betr. Artikel) fielen, so wurde doch auch geduldet, daß jeder welcher mich verteidigte „angepöckelt“ werden sollte. Ueberhaupt ist hier die Behandlung längerer und redeungewandter Kollegen seitens der „Pöck-sporn“ eine derartige, daß schon mehrere Kollegen vorziehen die hiesigen Versammlungen gar nicht mehr

zu besuchen. Also nicht irre machen lassen! Festhalten am Statut und dasselbe gegen den so, gegen den andern so zur Anwendung bringen. „Der Zweck heiligt das Mittel!“

**L. Weissenfels, 20. August.** Noch sind die Mitglieder nicht im Besitze des Protokolls der letzten General-Versammlung und schon machen sich wieder neue Wünsche besonders bezüglich der Z. V. S. geltend. Hauptächlich ist es die neugeschaffene Kategorie der arbeitsfähigen Kranken, welche die Aufmerksamkeit der Mitglieder momentan in Anspruch nimmt. Ohne den einzelnen gutgemeinten Vorschlägen direkt entgegenzutreten, würde es sich doch wohl kaum empfehlen, von dem bisher befolgten Prinzip, durch hinreichende Geld-Unterstützung der Mitgliedern vollständige Freiheit in der Wahl des Arztes und der Heilmittel zu walten, abzuweichen, selbst auf die Gefahr hin, daß der Kasse aus dieser Bestimmung etwas höhere Kosten entstehen. Neben dem Selbstverwaltungsvorteil ist gerade diese Form der Unterstützung ein Hauptvorzug der freien Kasse gegenüber den Zwangskassen. Jeder, der die meist schablonenmäßige und, gelinde gesagt, überhöhte Behandlungsweise der sogenannten Kassenärzte kennt, wird dieser Ansicht beipflichten. Ohne Verweisung der arbeitsfähigen Kranken an einen bestimmten Arzt würde sich aber die Umänderung der Unterstützung in Gewährung ärztlichen Beistandes und von Medikamenten schwerlich ermöglichen lassen, da bei der differierenden Höhe der ärztlichen Honorare und bei auch andere Heilmittel einschließenden Medikamenten nicht selten die jetzige Unterstützung weit übersteigende Beträge in Rechnung gestellt werden könnten. Allerdings wird nach den bisher gemachten Erfahrungen wohl niemand mehr in Abrede stellen, daß diese neue durch das Gesetz geschaffene Krankenkasse ein erhebliches Gümmchen kostet, ohne daß das Budget der arbeitsfähigen Kranken dementsprechend entlastet wird. Viele, denen es bisher infolge ihrer geschätzlichen Stellung, besonders in kleineren Drudorten, oder anderer Umstände halber nicht möglich war, wegen einer geringen, vorübergehenden Unmöglichkeit sich der Arbeit zu enthalten, können nun, ohne einen event. Verlust ihrer Stelle befürchten zu müssen, die Kasse in Anspruch nehmen. Anstatt daß man in solchen Fällen durch möglichste Diät zc. den etwas in Unordnung geratenen Organismus wieder in das richtige Geleis zu bringen suchte, wird jetzt auf Kosten der Kasse frisch darauf los gedottort und mediziniert, gar oft zum Schaden der Patienten selbst. Auch das einige uns zu Gebote stehende Mittel gegen den Mißbrauch der Kasse, strenge und gewissenhafteste Kontrolle, wird hier sowohl wie bei den Gelegenheits- resp. aus Gewinnsucht arbeitsunfähigen Kranken keine erhebliche Besserung herbeiführen, in dem es einerseits in vielen Fällen, z. B. bei Nerven- und Magenleiden zc., selbst dem Arzt unmöglich ist, Schein und Wirklichkeit streng auseinander zu halten, während andererseits diese Parassiten der Kasse mit den einschlägigen Bestimmungen des Statuts meistens so vertrackt sind, daß ihnen mit den schärfsten Kontrollmaßregeln selten beizukommen. Was aber übel werden wir diese uns durch Gesetz auferlegten Lasten tragen müssen, ohne weise Änderungen daran ändern zu können. Neben diesen immerhin nur einen kleinen Bruchteil der Gesamt-Ausgabe absorbierenden Kranken ist die Hauptursache der finanziellen Kalamität unserer Kasse wohl in dem verhältnismäßig ungünstigen Gesundheitszustande der Buchdrucker im allgemeinen zu suchen. Interessant würde es z. B. sein, zu erfahren, welche hohe Summen allein die verschiedenen und in der Regel lange andauernden Lungenerkrankungen in Anspruch nehmen. Man braucht nur die Mortalitäts-Statistik im Corr. nachzulesen, um sich ein ungefähres Bild dieses unsrer Kasse ja sehr belastenden Leidens zu machen. Hierbei wird es nun jedem Denkenden unwillkürlich die Frage andrängen, ob es kein Mittel gibt, dieser immer größeren Dimensionen annehmenden fürchtbaren Krankheit mindestens in etwas Einhalt zu thun, sowohl im Interesse der Kasse wie der Mitglieder selbst. Die Antwort auf diese Frage kann nur lauten: Treibt mehr persönliche Gesundheitspflege. Es wirft ein eigenständiges Licht auf unsre an Verbesserungen und Neuerungen so reiche Zeit, daß auf dem dem Menschen so nahe liegenden Gebiete der persönlichen Gesundheitspflege und naturgemäßen Lebensweise so viel wie gar nichts zur Belehrung und Aufklärung geschieht, ebensowenig in der Schule wie im öffentlichen Leben. Wenn man sieht, wie sonst durch aus harterbende Menschen in der naturwidrigsten Weise auf ihre Gesundheit loswirtschafte und eingetretener Erkrankung ihren Körper mit einem ans Naive grenzenden Vertrauen jedem z-bellehrenden Arzt in Behandlung geben, ohne sich dabei der Mühe des Denkens zu unterziehen, ob die seitens des Arztes getroffenen Vorrichtungen dem Organismus auch nützlich oder ob das Einschränken aus drei oder noch mehr medizinischen nicht gar schädlich sein könnte, dann muß es selbst dem größten Optimisten



werden, daß es an der Zeit ist auch hierin  
zu schaffen. Es ist zweifellos jedermanns  
Sache, sich Kenntnis über das was zur Gesund-  
haltung des Körpers notwendig zu verschaffen.  
Andererseits haben die in neuerer Zeit in vielen Städten  
entstandenen Krankenkassen fast in jeder Stadt  
für volksverständliche Gesundheitspflege sich die  
Aufgabe gestellt, durch Vorträge und Lektüre in der  
bestmöglichen Weise Aufklärung zu geben, und wenn  
unsere Institution ein spezielleres Eingehen auf  
die Bedürfnisse jener Vereine nicht möglich, so  
ist es sich im Interesse unserer Krankenkasse sehr  
wünschenswert, wenn die größeren Vereine bei Aufstellung  
eines Winter-Programms daselbe durch Einfügung  
von Vorträgen über persönliche Gesundheitspflege  
erweitern. Die geeigneten Persönlichkeiten dürften  
sich in den größeren Städten leicht finden und stehen  
dem wohl infolge seiner lokalen Verhältnisse  
an chronischem Defizit leidenden Berliner Ver-  
ein durchaus tüchtige Männer für etwaige Vorträge  
zur Verfügung. Steht es auch nicht in unserer  
Macht, gut ventilirte und den Anforderungen der  
Arbeitsräume zu erlangen, so ist es doch jedem Einzelnen ermöglicht, wenigstens  
den Raum durch Öffnen der Fenster im Schlaf-  
zimmer durch die Luft das ihr so notwendige Erhaltungsmittel,  
den Sauerstoff, zuzuführen, wodurch die  
infolge Einatmens schlechter staubiger Luft  
entstandenen Nachteile zum großen Teile wieder ge-  
bessert werden. Daß sich die persönliche Gesundheits-  
pflege auch noch weiter auf die Ernährung, Haut-  
pflege mittels Abreibungen, Bäder etc. erstreckt, sei  
hier nicht erwähnt. Thatsache ist jedenfalls, daß  
die Lunge weniger zu Katarrhen etc. disponirt  
ist, wenn ihr Besitzer nur die elementarsten Kennt-  
nisse von den Bedürfnissen derselben sich zu eigen  
gemacht hätte.

## Rundschau.

Heft 8 der Typographischen Jahrbücher  
Herausgeber Julius Wäfer in Leipzig-Neuditz  
im Hauptartikel die Abhandlung über Gold-  
schmelzdruck fort und verbunden in den Tech-  
nischen Briefen die Bismarck-Adresse der Stadt  
Leipzig nebst dem Anfertigen von Accidenzdrucken  
aus dem Hause. Die Technische Rundschau be-  
trifft: Initiale und Einzug, Buchdruckerwappen  
und -ornamente, Lagermanns Seksmaschine, einen ame-  
ricanischen Schwammhalter, Josephs große Schnell-  
presse, die verbesserte Schnellpresse mit Falzapparat  
von Schöff in Kopenhagen, eine Neuveran an Tiegels-  
pressen von Ludner in Weizensee, die Vierfar-  
ben-Schnellpresse von Otto Steuer in Dresden, Auto-  
maten, die Kompletzgießmaschine von Caval in Paris,  
eine Neuveran an Schriftproben von Saintignon in  
Paris, neue Papierstreichmaschinen, Peniger Sicher-  
heitspapier, Prüfung des Papiers bezüglich der Be-  
ständigkeit seiner Farbe, Kesselfansicht. Die Schrift-  
proben bieten Erörterungen von Roos & Junge  
in Offenbach a. M., Saronia-Einfaßung von Woll-  
stein in Berlin, neueste Renaissance-Einfaßung von  
John Söhne in Hamburg; die Beilagen bringen  
ein farbiges Briefkopf und eine Einladungskarte,  
aus der Offizin der Jahrbücher.

Das Grund des § 1 Abs. 2 und des § 6 Abs. 3  
des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, betreffend die  
sozialdemokratischen Bestrebungen der Sozialdemo-  
kratie, ist die Vereinigung der Metallarbeiter  
des Reichs, mit dem Sitze Mannheim, verboten  
worden. Das Verbot erstreckt sich auf die damals  
bestehenden Mitgliedschaften zu Altenburg, Berlin,  
Breslau, Bremerhaven, Braunschweig,  
Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Eggen-  
stein, Gera, Gießen, Göttingen, Hagen, Haspe bei  
Hannover, Hannover, Herford, Höchst a. M.,  
Karlsruhe, Köln, Siegen, Lübeck, Magdeburg,  
Mannheim, Mühlheim a. D., Mühlheim a. Rh.,  
Nürnberg, Offenbach, Ottersleben, Recklinghausen,  
Stettin, Staßfurt, Billingen, Wolfenbüttel und Zeitz.  
Die zum 6. August d. J. sind beim Reichs-  
Ministerium angemeldet worden.

Die Zentral-Krankenkasse und Sterbekasse für  
die Tabakarbeiter in Hamburg, ein Kon-  
sumgenossenschaftlicher Verein der Zigarren- und  
Tabakarbeiter durch ganz Deutschland, schließt ihre  
Bilanzabrechnung mit 26087 Mk. Defizit.  
Die Ausgaben übersteigen um ein Drittel die  
Einnahmen. Eine Generalversammlung hat dem-  
nach zur Herstellung des Gleichgewichts die Bei-  
träge erhöht, den Wöchnerinnen die Krankengelder  
erhöhen und Arbeiter, welche das 35. Lebensjahr  
erreicht haben, vom Beitritt ausgeschlossen.

Der ärztliche Bezirksverein für Leipzig-Stadt  
hat sich kürzlich mit der Zahlung des Hono-  
rars seitens der Mitglieder eingeschriebener Hilfs-  
ärzte. Von einer Seite wurde betont, daß der  
Beitrag seitens der Rassenmitglieder meistens mit der

Sentenz „Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan.“  
abgefunden werde, andererseits jedoch dem entgegen-  
gehalten, daß die Nichtzahlung wohl nur zu den  
Ausnahmen gehöre. Schließlich beschloß man, an  
den Kerktag folgenden Antrag zu stellen: „Es ist  
dahin zu streben, daß die freien Hilfskassen gegen  
Gewährung der Minimalfälle eine Garantie für die  
ärztliche Honorarforderung übernehmen. Im Not-  
falle dürfte aber auch ein Verein nicht davor zurück-  
schrecken, eine Kasse, bei deren Mitgliedern man sehr  
viele schlechte Erfahrungen gemacht hätte, öffentlich zu  
proskribieren, bis sie sich zur Garantie des Hono-  
rars herbeilasse.“

In der Nr. 134 vom 9. August des Berliner  
Intelligenzblattes sucht Max Mayer, Vorbringer  
Straße 78, „einen jungen Mann, wenn auch noch  
Lehrling (Schweizerbeleg, Setzer und Drucker) bei  
10 Mk. Lohn“. Derartige verblümte öffentliche Auf-  
munterungen zum Bruch des Lehrvertrages sollten  
von Rechts wegen unter Strafe gestellt werden.

Die Uebersetzung der Artikel der Londoner Pall  
Mall Gazette „Der Jungfrauen-Tribut im modernen  
Babylon“ wurde in Berlin (Kleines Journal), in  
Saachen und in Bayern (Vroschüre) konfisziert. In  
Nürnberg hob das Landgericht die vom Bezirksamt  
verfügte Beschlagnahme wieder auf.

Die Eigentümer der Londoner Blätter Daily  
Chronicle und Pall Mall Gazette haben den Ge-  
brauch der in den englischen Druckereien üblichen  
„Wazgoose-Freier“ aufgegeben und werden an deren  
Stelle jedem ihrer Beschäftigten eine Woche frei  
geben. Andere Tagesblattredaktionen huldigen dieser  
löblichen Gepflogenheit bereits.

Die englische Post beförderte in dem mit März  
enden Geschäftsjahr 1884/85 360341 400 Briefe,  
160340500 Postarten, 320416800 Bücherpakete und  
Zirkulare und 143674500 Zeitungen, insgesamt also  
1984773200 Sendungen. Von den Briefen und  
Postarten kommen auf den Kopf der Bevölkerung  
42. Mit der Paketpost wurden 22904373 Pakete  
befördert, hiervon waren 45000 unbestellbar. Die  
Anzahl der Telegramme betrug 33278459. Be-  
schäftigt sind 48000 Personen, darunter 2919 Frauen.  
Die Einnahme betrug 10032483 Pfd. Sterl., die  
Ausgabe 7386185 Pfd. Sterl.

Auf Neu-Süd-Wales sind die Prinzipale der  
von den Gehilfen geforderten Erhöhung des Lohn-  
minimums von 50 auf 65 Mk. durchaus abhold,  
doch hofft man, daß sie nachgeben werden.

Der Kurier von Brisbane (Australien) wurde  
von seinem Besitzer für 200000 Mk. verkauft. Von  
dem Gelde will der Mann den Lohn bezahlen, welchen  
er seinen Sechern vor 20 Jahren, als er insolvent  
wurde, schuldig blieb.

## Gestorben.

In Düsseldorf der Setzer Johann Steffens  
von da, 19 Jahre alt — Lungenleiden.

## Briefkasten.

R. in G.: Haben auf Ihr Schreiben hin per  
Karte daran erinnert. — C. H. in Berlin: Ihr Gut-  
haben beträgt 2,60 Mk. — In der Leipziger Kor-  
respondenz in vor. Nummer muß es in der ersten Zeile  
heissen: In Nr. 97 zc.

## Vereinsnachrichten.

### Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

#### Quittung über eingegangene Beiträge.

Leipzig. 2. Qu. 1885. Einnahmen: Allgemeine  
Kasse: Eintrittsgeld 18 Mk., Ordentliche Beiträge  
3674,40 Mk. Invalidentasse: Ordentliche Beiträge  
1979,40 Mk. Summa 5671,80 Mk. — Ausgaben:  
Allgemeine Kasse: Reisegeld 772,70 Mk., Arbeits-  
losen-Unterstützung 518,20 Mk., sonstige Unterstützung  
84 Mk., Verwaltung 73,85 Mk. Invalidentasse: In-  
validen-Unterstützung 364 Mk., Verwaltung 39,60  
Mk. Ueberschuß eingekandt 3819,45 Mk.

Rheinang. 2. Qu. 1885. Einnahmen: Allgemeine  
Kasse: Eintrittsgeld 18 Mk., Ordentliche Beiträge  
1098,40 Mk. Invalidentasse: Ordentliche Beiträge  
594,60 Mk., Vorzuschuß aus der Hauptkasse 1700 Mk.  
Summa 3411 Mk. — Ausgaben: Allgemeine Kasse:  
Reisegeld 1194,40 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung  
93 Mk., sonstige Unterstützung 252 Mk., Verwaltung  
22,32 Mk. Invalidentasse: Verwaltung 11,88 Mk.  
Als Vorzuschuß pro 3. Quartal zurückbehalten 1800  
Mk. Ueberschuß eingekandt 37,40 Mk.

Westpreußen. 2. Qu. 1885. Einnahmen: Allge-  
meine Kasse: Eintrittsgeld 3 Mk., Ordentliche Bei-  
träge 446,40 Mk. Invalidentasse: Ordentliche Bei-  
träge 240,80 Mk. Summa 690,20 Mk. — Aus-  
gaben: Allgemeine Kasse: Reisegeld 164,10 Mk.,  
Arbeitslosen-Unterstützung 101 Mt., Sonstige Unter-  
stützung 134 Mk., Verwaltung 9 Mk. Invaliden-  
tasse: Verwaltung 4,80 Mk. Ueberschuß eingekandt  
277,30 Mk.

Bezirksverein Weissenfels. Die fünfte Be-  
zirksversammlung findet Sonntag den 20. September  
vormittags 11 Uhr in Sangerhausen statt. An-  
träge zu derselben sind bis 5. September an Herrn.  
Leisert in Weissenfels a. S., Kells Buchdruckerei,  
zu senden. Tagesordnung und alles Uebrige wird  
durch Zirkular bekannt gegeben.

Leipzig. 2. Qu. 1885. Es steuerten 821 Mit-  
glieder. Neu eingetreten sind 48, wieder eingetreten 1,  
zugereist 25, vom Militär 7, abgereist 82, zum Militä-  
r 7, ausgetreten 4 (Karl Dewitz, G. aus Stötteritz,  
Paul Kehler aus Leipzig, die Seher Paul Gifrig  
aus Holzwein und Moritz Gerhardt aus Eisenberg),  
ausgeschlossen 8 (die Seher Heinrich Bethge aus  
Cracau, Richard Franke aus Artern, Karl Höring  
aus Kuma, Georg Pöllner aus Berka, Leopold  
Samel aus Rowno, die Seher Oskar Kargel aus  
Berlin, Theodor Zerrenner aus Altona und der  
Drucker Emil Henne aus Wolfenbüttel), invalid  
2 Mitglieder, gestorben 1 Mitglied. Mitgliederstand  
Ende des Quartals 725. — Konditionelles waren  
75 Mitglieder 1533 Tage, krank 80 Mitglieder 2186  
Tage.

Westpreußen. 2. Qu. 1885. Es steuerten 104 Mit-  
glieder in 14 Orten. Neu eingetreten sind 4, zu-  
gereist 7, abgereist 16, ausgetreten 1 (Friedrich  
Schinsky, S. aus Danzig), ausgeschlossen 2 Mit-  
glieder (die Seher Karl Heinrich Westphal aus  
Danzig und Matthias Reichert aus Felsen). Mit-  
gliederstand Ende des Quartals 85. — Konditions-  
los waren 9 Mitglieder 32 Wochen, krank 11 Mit-  
glieder 54 Wochen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen  
sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an  
die beigelegte Adresse zu senden):

In Gera der Seher Georg Biehnert, geb. in  
Freiberg i. S. 1856, ausgelernt daselbst 1875; war  
schon Mitglied. — E. Schaubert, Sr. Gröbgaße 16.

In Plön der Maschinenmeister Herrn. Geger,  
geb. in Schwerin a. B. 1861, ausgelernt daselbst  
1878; war noch nicht Mitglied. — In Wandersbeck  
der Seher Franz Gölz, geb. in Pollnow 1865,  
ausgelernt in Berlin 1883; war schon Mitglied. —  
J. Chr. Heismann in Hensburg, Frießische Str. 61.

## Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse. (C. H.)

Berlin. Die nächste Sitzung der Ortsverwaltung  
findet Freitag den 28. d. M. abends 9<sup>1/2</sup> Uhr im  
Restaurant Paoge, Krausenstraße 16, statt.

## Norsk Centralforening for Bogtrykkere.

Der Seher Johan Fredrik Hansen = Friis  
von Nykjöbing auf Falster (Dänemark) gebürtig,  
Geschäftsführer unserer Sektion in Laurvik, hat sich  
von dort heimlich entfernt, die Kasse (ca. 20 Kr.),  
das Rechenchaftsbuch sowie vier Mitgliedsbücher  
mit sich nehmend. Da der Genannte der deutschen  
Sprache vollständig mächtig, ist anzunehmen, daß  
derselbe in Deutschland auf falschen Namen Reise-  
unterstützung zu erheben suchen wird. Die Bücher,  
welche sich in seinem Besitze befinden, haben die Nrn. 43,  
44, 45 und 46. Wir bitten die geehrten Herren Vor-  
stände, im Fall ihnen eines dieser Bücher präsen-  
tiert wird, dem Inhaber abzunehmen und an F. F.  
Schulze, Fabritius' Bogtrykkeri, einzusenden.  
Christiania. Der Hauptvorstand.

## Anzeigen.

In e. frequ. Provinzialstadt, Knotenp. zweier Bahnen,  
ist eine im flott. Betr. befindl. Buchdruckerei mit  
Schnellpresse, Berl. von 2 wöchentl. zweimal ersch.  
Lokalbl. ohne Konkurr., verb. m. Buchhandlung, Leih-  
biblioth. u. Galantv., mit f. guter Privatlandschaft  
f. d. festen Preis v. 10000 Mk. zu verk. Uebernahme  
beliebig. Nur Selbstk. mit obig. Barvkapitale wollen  
Adressen abgeben sub J. O. 5875 an Rudolf Mosse,  
Berlin SW. (B. 3814) (400)

Kleine Buchdruckerei eines indusrl. Ortes i. Thür.  
(einzige am Orte) Familienverb. halber per 1. Okt.  
zu verkaufen. Lokalbl. m. gut. amtl. Zeit u. vielen  
Accidenzarbeiten. Preis 1800 Mk., nur gegen bar.  
Werte Offerten sub X. 411 bef. die Exped. d. Bl.

Wer liefert achtschichtiges Sonntagsblatt (mit freier  
letzter Seite) zur Benutzung e. selbständigen  
Ausgabe? Offerten unter D. 1983 an Rudolf Mosse,  
Leipzig, erbeten. (L. a 2874) (401)

## Für die Reise

sucht eine Buchdruckerei Thüringens eine geeignete  
Persönlichkeit mit gewandtem Auftreten u. Branden-  
kenntnis. Offerten mit Gehaltsansprüchen zc. unter  
H. 412 an die Exped. d. Bl.

